

Amtsblatt am: 26.11.1997

Rechtsverbindl. am: 10.12.1997



### Begründung

zur 6. Änderung des Bebauungsplanes DR 37  
"Spielplatz Friedrich-Lekve-Straße"

#### 1. Allgemeines

##### 1.1 Lage des Plangebiets

Das Plangebiet liegt in der Ortschaft Drispfenstedt westlich der Friedrich-Lekve-Straße etwa in Höhe des Friedrich-Hage-Wegs. Der räumliche Geltungsbereich erfasst das Wohngrundstück Haus-Nr. 6, die anschließenden 6 Pkw-Garagen und den westlich angrenzenden öffentlichen Spielplatz.

##### 1.2 Vorhandene Nutzung und Nachbarschaft

Im Planänderungsbereich sind ein Wohnhaus, sechs Garagen und ein öffentlicher Spielplatz vorhanden. In der näheren Umgebung befindet sich ausschließlich Wohnnutzung.

##### 1.3 Eigentumsverhältnisse

Das vorhandene Wohngrundstück und die 6 Pkw-Garagen sind Privateigentum. Der Kinderspielplatz ist Eigentum der Stadt Hildesheim.

##### 1.4 Darstellung im Flächennutzungsplan

Im Flächennutzungsplan ist der gesamte Bereich dieser Bebauungsplanänderung als Wohnbaufläche dargestellt.

#### 2. Städtebauliche Zielsetzungen

Der vorhandene Spielplatz wird bereits seit Jahren kaum noch von Kindern genutzt. Stattdessen treffen sich hier bis in die Abendstunden Jugendliche zum Zeitvertreib, der in der Regel mit Alkoholkonsum verbunden ist. Diese Jugendtreffs führen insbesondere bei den hier angrenzenden Wohngrundstücken aber auch in der näheren Nachbarschaft zu erheblichen Belästigungen. Neben sehr häufigen Ruhestörungen werden von den Anwohnern auch Sachbeschädigungen und die Entledigung von Abfällen in Vorgärten beklagt.

Der Spielplatz war für Kinder im Alter bis zu 6 Jahren geplant und somit als Angebot für die Familien in den Reihenhäusern der näheren Umgebung gedacht. Nach dem Niedersächsischen Gesetz über Spielplätze sind solche öffentlichen Kleinkinderspielplätze jedoch nicht erforderlich. Auf den nördlich gelegenen Mehrfamilienhausgrundstücken sind entsprechend dem Niedersächsischen Gesetz über Spielplätze private Kleinkinderspielplätze vorhanden.

Da der Spielplatz somit weder erforderlich ist noch zweckentsprechend genutzt wird, ist es geboten, den Bebauungsplan zu ändern.

Der Spielplatz soll aufgehoben und die öffentliche Grünfläche in eine private überführt werden.

### 3. Planinhalt

#### 3.1 Bauweise und überbaubare Grundstücksfläche

Die überbaubare Grundstücksfläche für das Wohngebäude wird nicht verändert. Die bestehenden Garagen werden durch entsprechende Festsetzung gesichert.

#### 3.2 Erschließung

Die Erschließung der Grundstücke ist vollständig hergestellt. Weitere Aufwendungen sind nicht erforderlich.

#### 3.3 Spielplätze

Die Versorgung gemäß dem Niedersächsischen Gesetz über Spielplätze wird für Kinder im Alter von 6 - 12 Jahren durch den vorhandenen Kinderspielplatz im Bereich der Grünanlagen am Brandisweg gedeckt.

### 4. Auswirkungen auf die Umwelt

Infolge der Bebauungsplanänderung findet kein Eingriff in den Naturhaushalt statt. Die vorhandene öffentliche Grünfläche wird lediglich in eine private umgewandelt.

Bis auf eine Randbegrünung und den Sandkasten ist die Fläche heute fast durchgehend gepflastert. Infolge der Privatisierung ist eine weitgehende Entsiegelung und damit eine ökologische Verbesserung zu erwarten.

### 5. Altlasten

Es besteht kein Hinweis auf das Vorhandensein von Altlasten.

6. Finanzielle Auswirkungen

Im Zusammenhang mit der Bebauungsplanänderung entstehen der Stadt Hildesheim keine Kosten.

7. Bodenordnende Maßnahmen

Bodenordnende Maßnahmen im Sinne des Baugesetzbuches sind zur Umsetzung der Planung nicht erforderlich.

8. Verfahren

Aufstellungsbeschuß (§ 2 Abs. 1 BauGB)	23.09.1991
Unterrichtung und Erörterung (§ 3 Abs. 1 BauGB)	04.11.1991 29.11.1991
Beteiligung der Träger öffentlicher Belange (§ 4 Abs. 1 BauGB)	08.11.1991 24.12.1991
Öffentliche Auslegung (§ 3 Abs. 2 BauGB)	06.08.1992 07.09.1992

Der Entwurf dieser Begründung wurde ausgearbeitet vom Stadtplanungsamt der Stadt Hildesheim.

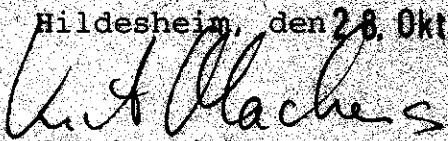
Hildesheim, den 11.09.1992

Im Auftrage

  
(Kullenkampff)

Der Rat der Stadt Hildesheim hat diese Begründung in seiner Sitzung am 26. Okt. 1992 beschlossen.

Hildesheim, den 28. Okt. 1992

  
(Machens)  
Oberbürgermeister



  
(Dr. Buerstedde)  
Oberstadtdirektor